

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1232

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1232](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1232)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

# Rede gegen den Krieg - für eine Politik der Un-Ordnung

Nationale Demonstration, 15. Februar 2003 - Bern

*Annemarie Sancar, Informationsbeauftragte cfd*

Wir sind gegen Krieg. Krieg ist kein Mittel zur Beseitigung von autoritären Regimes, kein Mittel um die zivile Bevölkerung zu schützen. Krieg kann Gewalt nicht verhindern, er ist Gewalt und er tarnt andere Gewalt. Es gibt keine Moral, auch keine nationale, die Krieg rechtfertigt. Warum kommen wir trotzdem immer wieder in Versuchung zu glauben, Krieg könne Frieden bringen? Heute sind wir noch gerade nicht so weit, wie beim NATO-Angriff auf Jugoslawien. Und Trotzdem: Warum können Kriegserklärungen immer wieder legitimiert werden? Ökonomische und politische Gründe gibt es viele. Es gibt aber auch andere Gründe, warum Krieg immer wieder funktioniert:

## **Die Geschlechterordnung**

Krieg bietet eine Plattform für das Zelebrieren von Männlichkeit. Im Krieg und in der Kriegsrede werden Frauen und Männer auf ihre vermeintlich natürlichen Plätze verwiesen: stark und heldenhaft männlich – schwach und opferbereit weiblich. Krieg ist ein Anlass diese hierarchische Geschlechterordnung instand zu halten.

## **Die Wertordnung**

Krieg und Kriegsrhetorik verringern die Komplexität gesellschaftlichen Lebens. Die scheinbare Übersichtlichkeit ist verlockend – und gewalttätig. Es gibt nur noch eine Differenz und zwei Pole. Moralisch unterlegt heisst dies „gut“ und „böse“. Ein Traktat über gerechten Terror gibt es nicht, Traktate für einen gerechten Krieg dagegen viele. Die quasi naturalisierte Ordnung der Wertzuschreibungen lässt keinen Spielraum, keinen Raum für Vielfalt.

## **Die Zeitordnung**

Die Kriegserklärer üben die Macht aus über die Einteilung der Zeit. Sie definieren Anfang und Ende von staatlich abgeseigneter Gewalt. Sie öffnen ein Zeitfenster, in dem sie den Verlust der Tötungshemmung moralisch absegnen - als Voraussetzung für „ihren“ Weltfrieden sozusagen. Damit setzen sie sich über alle Wirklichkeiten hinweg, ausser über diejenige des Krieges und seiner Erklärung selbst.

## **Friedenspolitik als Stifterin von Unordnung**

Gegen diese trügerischen Ordnungen müssen wir Widerstand leisten, denn sie bilden die Basis für Kriegspolitik, für jede Politik, die ohne Rücksicht auf die Mehrheit der Bevölkerung Machtinteressen durchsetzen will. Wir demonstrieren heute gegen diese Ordnungen, weil sie der Ästhetisierung von Waffen, Geräten und mutigen Männern in Uniformen Vorschub leisten, weil sie die hegemoniale Einteilung der Welt in Gut und Böse selbstredend legitimieren, weil sie Grundlage für immer neue Kriegserklärungen bilden. Eine Politik für die Entwicklung von Frieden richtet sich gegen Krieg. Und sie setzt sich ein für mehr wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit auch in sogenannten Friedenszeiten.

## **Manif nationale contre la guerre en Irak (15.02.03)**

**Marie-Eve Tejedor, militante de la coalition contre la guerre, solidaritéS Genève et révolutionS**

---

Genève a connu fin janvier une manifestation spontanée et auto-convoquée, réunissant plus de 4000 collégien-ne-s. Les salles de classe sont abandonnées et la rue devient notre terrain d'expression. Nous avons crié notre refus de la guerre en Irak et, pour beaucoup, du système capitaliste qui y conduit. L'une des principales raisons de cette guerre est le pétrole. Les jeunes refusent cette logique, qui place les intérêts économiques des multinationales et impérialistes au-dessus de la vie. Nos vies, des gens d'ici et d'ailleurs, valent plus que leurs profits.

Berne vit, aujourd'hui, une manifestation nationale de plusieurs dizaines de milliers de personnes. D'horizons divers, nous sommes réunis pour dire non à la folie guerrière de Bush et ses alliés, non aux pseudo justifications scientifiques et juridiques, non aux résolutions alibi, non au pillage des richesses du sud par les puissances du nord, non aux souffrances infligées aux Irakiens, aux Kurdes et aux Palestiniens, non à un soutien de la Suisse aussi minime soit-il. Tous les barils de pétrole ne valent pas une goutte de sang.

C'est cette logique d'enrichissement, de toute-puissance qui mène les Etats Unis à déstabiliser continuellement l'Amérique latine, à soutenir l'état d'Israël dans son régime de terreur contre le peuple palestinien, à armer un Ben Laden et des talibans quand ça peut servir leurs intérêts de domination. Lorsque le FMI, l'OMC, la Banque mondiale, le G8 et le world economic forum ne suffisent pas à leur assurer une hégémonie indiscutable, ce sont les embargos, les frappes chirurgicales et les armes, qu'elles soient de destruction massive ou non, qui prennent le relais. Les prochaines guerres coloniales sont déjà programmées.

Nous sommes ici pour affirmer notre solidarité aux peuples irakien, kurde et palestinien et notre soutien à toutes les forces démocratiques et laïques d'Irak et du monde arabe. La lutte pour une justice globale doit se poursuivre, s'étendre et se radicaliser face à la barbarie grandissante.

A l'appel du collectif « no war », à Genève et sûrement partout ailleurs en Suisse, quittons nos lieux d'étude et de travail le lendemain de la déclaration officielle de la guerre, réunissons-nous, occupons l'espace public pour refuser ce système, dont la guerre, n'est que l'expression la plus brutale.

Ils ont les médias et la force, nous avons la rue et nos consciences.

# Einen Krieg gegen das irakische Volk

Sarah Schilliger

Antikriegskomitee Zürich, Bewegung für den Sozialismus (BFS), aktiv in der Unibewegung

---

Für meine Generation ist diese Demonstration ein grosser Moment. Zum ersten Mal seit langem gibt es hier, in ganz Europa und v.a. in den USA eine mächtige Bewegung, die einen imperialistischen Krieg gegen ein Drittweltland – den Irak – verhindern will.

Einen Krieg gegen das irakische Volk.

Dieses Volk musste 500'000 tote Kinder beklagen, die als Folge des kriminellen Embargos der Grossmächte still umgebracht wurden. Ein Embargo, das Saddam Hussein gestärkt hat.

Und wer sind diese Grossmächte? Es handelt sich um eine Handvoll Grossfirmen und die Regierungen, die ihnen dienen.

Sie nehmen sich das Recht heraus, sich die Reichtümer dieser Welt anzueignen und über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen und Männer der ganzen Welt zu bestimmen.

Zynischerweise wagen sie noch zu behaupten, dass sie Natur und Mensch *im Namen der Demokratie* ausbeuten.

An diese Pseudo-Demokratie glauben wir nicht. Wir möchten, dass das irakische Volk über sein eigenes Schicksal bestimmen kann, wie wir auch über unser eigenes Schicksal bestimmen wollen. Der Widerstand gegen den Krieg ist für uns untrennbar verbunden mit dem Widerstand gegen die ökologischen Zerstörungen, gegen Massenentlassungen, gegen Hunger...

Die Opposition gegen diesen Krieg wächst Tag für Tag in Europa, in den USA und anderswo, weil die Menschen die Gründe für diesen Krieg erkennen:

1. die Entschlossenheit der US-Konzerne, sich das Erdöl anzueignen.
2. die Absicht der Bush-Regierung, ihre Kontrolle auf diese Region auszudehnen, nachdem sie sich bereits Zentralasien unter den Nagel gerissen hat im Afghanistan-Krieg.

Was meint der texanische Erdölfundi Bush, wenn er von „Regimewechsel“ im Irak spricht?

Nichts anderes als dass er und seine Komplizen aus dem Irak eine neue US-Kolonie machen wollen, eine Kolonie von Chevron-Texaco und Exxon-Mobil. Das ist die simple Wahrheit!

Aber wir lassen uns nicht für dumm verkaufen. Dieser Krieg muss gestoppt werden.

Wenn Schröder es ernst meint mit seiner Erklärung gegen den Krieg, dann soll er die Nutzung der US-Basen in Deutschland verbieten.

Frankreich soll seinen Flugzeugträger „Charles de Gaulle“, der jetzt schon mit der US-Navy Manöver durchführt, zurückrufen. Und es soll im Sicherheitsrat von seinem Veto-Recht Gebrauch machen.

Die Schweizer Regierung soll sich klar gegen den Krieg aussprechen. Und Calmy-Rey muss den Schweizer Luftraum und alle Erleichterungen für die amerikanischen Streitkräfte verbieten lassen.

Schluss mit der Doppelzüngigkeit der Diplomatie!

Diese Ziele können wir durchsetzen, wenn wir - ab heute – nicht nur auf der Strasse, sondern auch in den Schulen, der Universität, am Arbeitsplatz, in ganz verschiedenen Formen zeigen, dass wir diesen Krieg ablehnen und wir für eine andere Welt eintreten, die möglich und notwendig ist.

Dieser internationale Aktionstag von heute ist ein erster Schritt in einer langen und notwendigen Mobilisierung für ein neues Jahrhundert ohne imperialistische Kriege. Wir sind viele, sie sind wenige, die Welt gehört uns! Danke.

Zürich, 13. Februar 2003

Für Rückfragen. 076 521 67 76

**Rede von Nadia Mahmud an der gesamtschweizerischen Demonstration  
gegen den Krieg der USA gegen Irak.  
15. Februar in Bern**

**Frau Nadia Mahmud ist aus Südirak, und sie ist ein Mitglied des Politbüro  
der kommunistischen Arbeiterpartei des Iraks und Leiterin des Zenters für  
Frauenstudien des Nahosts, in London**

Hier stehen wir heute Arm an Arm, gegen die amerikanische Barbarei und ihre europäischen Verbündeten, und die Massen in Irak und in der ganzen Welt sind voller Erwartung an unsere heutige Macht.

**Nicht für den Sturz der Diktatur, führt Amerika diesen Krieg.**

Amerika brachte, bewaffnete und finanzierte Saddam gegen unsere Interessen, gegen die Interessen der Massen in Irak.

**Nicht für Demokratie führt Amerika diesen Krieg.**

Amerika bereitet Stammeschiefs, Geistliche und Armeegeneräle vor, deren Hände mit dem Blut der IrakerInnen verschmutzt sind, um sie wieder den Massen in Irak aufzuzwingen.

**Nicht zur Ausrottung des Terrors, führt Amerika diesen Krieg.**

Amerika selbst finanzierte islamischen Terrorismus überall. Sie sind Terrorist Nummer 1 in der Welt. Der potentielle Krieg wird Terror in der Welt wieder ausbrechen lassen.

**Terror auszulöschen, ist unsere Aufgabe. Die Welt erwartet uns.**

Sie stützen sich auf Beschlüssen, um Krieg zu führen. Während Amerika ihre Waffen auf die Köpfe der Massen des Iraks zielt, schaut es uns an: ob sie schießen sollen oder nicht? Schauen sie uns an: Werden wir aufgeben, werden wir still sein, werden wir kapitulieren? Oder werden wir unsere Kampagne gegen Krieg und amerikanische Arroganz verschnellern, intensivieren und weiter verbreiten? Je intensiver unsere Kampagne wird, desto mehr Macht werden wir haben, um die Waffen des amerikanischen Jacky von unseren Köpfen abzuwenden.

Frieden und Sicherheit in der Welt sind unsere Entscheidung nicht die amerikanischen Kriegsschiffe.

Vereinigen wir uns, Parteien, Organisationen, Gewerkschaften, Frauen Organisationen, Menschenrechte Aktivisten und jede einzelne menscheitsliebende Person, um der bevorstehenden Barbarei und der Zerstörung der zwanzig Millionen Leute des Iraks entgegen zu stehen. Halten wir ihre Schlachtschiffe vom Bewegen ab, bilden wir Menschenketten, um Kriegsvorräte zu behindern. Wenn sie ihr Personal haben, um Krieg gegen uns zu führen, haben auch wir unser eigenes Personal, um ihren Krieg zu stoppen.

**Freiheitsliebende der Welt vereinigt euch gegen die amerikanische Arroganz.**

**Nadia Mahmud  
www.wpiraq.org, WCPI, Postfach 325, 3000 Bern 11 , Tel / 078 88 255 89  
E-Mail / nadia64uk@yahoo.com, asojabbar@yahoo.com.**

Internationaler Aktionstag gegen den Krieg  
Samstag, 15. Februar 2003 in Bern

**Rede von André Daguët, Vizepräsident der Gewerkschaft SMUV, Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Wir wollen keinen Krieg. Dieser Krieg ist ein Krieg gegen das irakische Volk und nicht der Krieg gegen Saddam Hussein. Dieser Krieg ist vermeidbar. Auch heute noch. Das ist die Botschaft von über einer Million Menschen, die hier auf dem Bundesplatz und auf der ganzen Welt demonstrieren.

Nicht das amerikanische Volk hat den Krieg gegen den Irak erfunden. Dieser Krieg ist der Krieg der Administration Bush, die mehr Minister aus dem Erdölgeschäft vereinigt als je eine amerikanische Regierung zuvor.

Die amerikanische Regierung kämpft mit diesem Krieg nicht für die weltweite Durchsetzung der Gerechtigkeit. Sonst würde sie gegen die vielen anderen Diktaturen auf dieser Welt mit derselben Entschlossenheit kämpfen. Sie tut es nicht.

Ich lasse keinen Zweifel daran: Das Regime von Saddam Hussein ist ein Unrechtsregime. Eine Diktatur, die oppositionelle Männer und Frauen foltert und mordet, die es wagen, ihre Stimme zu erheben, und die freien Gewerkschaften systematisch unterdrückt. Eine Diktatur, welche die Kurden im Norden des Landes mit chemischen Waffen zu Tausenden umgebracht hat.

Zu dieser Diktatur sagen wir genauso entschieden Nein wie gegen den Krieg im Irak.

Die amerikanische Regierung hat während Jahren jene mit Waffen aufgerüstet, die sie heute mit allen Mitteln bekämpft: Saddam Hussein, einst im Bündnis gegen den Iran. Und den Terroristen Bin Laden, als es darum ging, einen Krieg gegen die Russen in Afghanistan zu führen.

Bush und seine Hintermänner wollen den „Krieg für Öl“. Doch der Preis dafür heisst real: „Blut für Öl“. Dieser Krieg wird Hunderttausende von Opfern bringen. Frauen, Kinder, Männer, die an diesem Konflikt keine Schuld tragen und noch nie in ihrem Leben von den Gewinnen der Erdölgiganten profitiert haben.

150'000 amerikanische und englische Soldaten stehen in der Golfregion – bereit, im Auftrag der Bush-Administration loszuschlagen. Und trotzdem sagen wir: Dieser Krieg darf nicht stattfinden. Wir wollen mit unseren Massenkundgebungen allen Regierungen der Welt klar machen: Es darf diesen Krieg nie geben.

Es gibt politische Alternativen zu diesem Krieg: Die Entwaffnung des Saddam-Regimes mit rigorosen und entschlossenen Kontrollen der UN-Beobachter und wenn nötig mit Blauhelmtrouppen. Das ist die Rolle der UNO als Weltgemeinschaft. Es braucht keine zweite zweite Resolution, welche die US-Administration legitimieren soll, Hunderttausende von Menschen zu töten. Und das im Namen der Gerechtigkeit.

Wir brauchen die UNO, aber nicht als Instrument des neuen kalten Krieges an der Leine der US-Regierung.

Dieser Krieg ist nicht legitim. Er ist nicht gerecht. Deshalb sagen wir Nein! Nein zum Krieg gegen das irakische Volk, das bereits genug gelitten hat. Nein zu einem Krieg, der ein ganzes Land für Jahrzehnte und für Generationen zerstören wird.

Wir sagen Nein zu einem Krieg, der katastrophale wirtschaftliche Folgen haben wird, für welche Millionen von Menschen auf der ganzen Welt mit Arbeitslosigkeit und mehr Armut bezahlen werden.

Wir wollen diesen Krieg stoppen. Wir werden ihn stoppen!



## Wir wollen Ihren Krieg nicht, Mr. Bush!

---

Franziska Teuscher, Nationalrätin Grüne Partei Schweiz

Hunderttausende von Menschen demonstrieren heute in ganz Europa gegen den Krieg, den die US-Regierung der irakischen Bevölkerung androht. Hunderttausend Menschen gingen auch in Washington auf die Strasse und machten klar: **Wir wollen Ihren Krieg nicht, Mr. Bush!**

Kein vernünftiger Mensch empfindet Sympathien für den Diktator Saddam Hussein. Sein brutales Regime war in der Vergangenheit für blutige Menschenrechtsverletzungen verantwortlich und ist es weiterhin. Doch beim Krieg, den die USA gegen den Irak führen wollen, geht es weder um Menschenrechte noch um Massenvernichtungswaffen. **Es geht um die militärische Durchsetzung geostrategischer und ökonomischer Interessen.** In den USA leben 3,4 Prozent der Weltbevölkerung. Und diese verbrauchen für ihren American way of life 26 Prozent der weltweiten Erölproduktion. Dieses Missverhältnis soll mit allen Mitteln verteidigt werden. Letztlich geht es **um die militärische Absicherung der Privilegien einer kleinen Minderheit der Weltbevölkerung** im reichen Norden und Westen. Um so wichtiger ist die klare Antwort der Bevölkerung in den nordwestlichen Industriestaaten: Dieser Krieg wird nicht in unserem Namen geführt.

Wir haben **klare Forderungen an die Schweizer Regierung:**

- Die Schweiz muss sich in der **Uno** konsequent **gegen einen Krieg** aussprechen.
- Der Bundesrat muss die **amerikanischen und britischen Botschafter in den nächsten Tagen zitieren** und ihnen eine Protestnote übergeben. Darin soll die Schweiz den Krieg als völkerrechtswidrig verurteilen. Die **Bundesverfassung** verpflichtet die Schweiz, sich für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung einzusetzen.
- Die Schweiz muss **jegliche Unterstützung bei den Kriegsvorbereitungen verweigern**, heute schon die **Überflugsrechte verwehren** und die **Rüstungszusammenarbeit** mit den kriegsführenden Staaten **beenden**. Das gilt insbesondere für die **USA** und **Grossbritannien**, die seit über 10 Jahren völkerrechtswidrige Bombardierungen im Süden und Norden Iraks durchführen.

Es reicht nicht, wenn sich der Bundesrat darauf beschränken will, die humanitären Kriegsfolgen zu lindern. **Wir fordern eine andere Aussenpolitik der Schweiz:** Eine Politik, welche die Interessen der grossen Mehrheit der Weltbevölkerung ins Zentrum stellt. Eine Politik, die sich um die Konfliktursachen kümmert und nicht um die militärische Kontrolle der Folgen von Elendskonflikten. Eine Politik, die auf zivile Lösungen setzt.

Wir wissen: Bushs Liste der Schurkenstaaten ist lang. Wenn es uns nicht gelingt, einen breiten Widerstand gegen diese immer aggressiver werdende Kriegspolitik zu mobilisieren, dann werden wir schon bald vor dem übernächsten Krieg stehen. Und wir wissen: **von alleine wird sich die Politik der amerikanischen Regierung nicht ändern. Auch nicht diejenige der Schweizer Regierung.** Dazu braucht es viel öffentlichen Druck. Heute setzen wir gemeinsam ein starkes Zeichen und sagen nein zur Schurkenpolitik der USA. Und morgen machen wir weiter. Weil wir eine andere Politik wollen – weil unsere Welt eine andere Politik braucht.

## Redebeitrag von Viola Raheb in Bern 15.02.2003

Erich Fried schrieb vor einigen Jahren „Die Gewalt herrscht dort wo der Staat sagt, es darf keine andere Gewalt geben außer meine“

Eine bessere Zusammenfassung der internationalen Außenpolitik zurzeit ist kaum noch möglich. Im 21. Jahrhundert scheint die Gewalt des Staates die einzige Interventionsmöglichkeit geblieben zu sein. Krieg scheint das einzig gebliebene politische Instrument für die Mächtigen zu sein. Wir steuern nicht nur auf einen Krieg zu! Nein, es ist noch fataler, wir steuern auf einen so genannten Präventivkrieg zu. Ein Krieg, der eine Gefahr abwenden soll, von der viele gar nicht überzeugt sind, und dabei eine noch größere Gefahr für alle mit sich bringt, von der auf der anderen Seite viel mehr überzeugt sind.

Welche Folgen wird der Krieg für die betroffenen Menschen haben? Welche Dimension wird dieser Krieg wohl haben und für wen? Was kommt nach dem Krieg? Welche Mittel sind noch möglich nach einem Präventivkrieg? Wie viele Präventivkriege stehen uns in der Zukunft noch offen? Als Palästinenserin, die unter Besatzung geboren und groß geworden ist, die seit 34 Jahren unter dem Joch der Gewalt lebt, kann ich es nicht lassen einen Vergleich zu machen, nicht so sehr weil die Situation zu vergleichen ist, als vielmehr um den Blick zu erweitern. Deshalb frage ich:

Was haben Menschen im Irak und Palästina gemeinsam:

- Ein Land, das durch Krieg und Gewalt gekennzeichnet ist.
- Menschen, die täglich ihr Leben wegen der Politik im Land verlieren.
- Über drei Jahrzehnte Erfahrungen des Grauens und des Todes.
- Ein Konflikt, der immer wieder für politische wirtschaftliche Interessen instrumentalisiert wird.

Was haben sie nicht gemeinsam:

- Was als erstes auf der Hand liegt sind natürlich die Ölfelder und Ihre politische wirtschaftlichen Stellungswert.
- Für Irak sind die UNO Resolutionen verpflichtend für Palästina Israel wohl nicht.
- Im Falle Irak ist ein Präventivkrieg denkbar, während im Falle Palästina ein Ende der Besatzung und des Krieges undenkbar sind.
- Vermutungen sind in Irak Grund genug für Internationalen Einsatzes, während in Palästina Tatsachen für einen Einsatz nicht kräftig genug sind.

Wir sind heute hier versammelt gemeinsam mit vielen anderen Menschen weltweit um unser klares NEIN für den Krieg auszusprechen. Es ist nicht wichtig welches Gewicht unser Hilfeschrei haben kann und wird. Viel wichtiger scheint mir zu sein, in einer Zeit des Wahnsinns und politischer Zynismus, eine Zivilcourage aufzubringen, NEIN zu sagen. Nicht mit uns und nicht in unseren Namen! Wir stehen heute hier um ein Zeichen dafür zu setzen, dass Frieden weit mehr Courage braucht als Krieg, dass Menschen viel mehr zählen als Öl, dass ziviler Ungehorsam in Zeiten wie unsere eine Pflicht und Verpflichtung der Geschichte, der Gegenwart und der Zukunft ist.

Wenn Krieg die einfachste Tradition der Mächtigen Politik zu machen, dann ist unsere Aufgabe eine Tradition des Friedens zu kultivieren.



## **Rede an der Demonstration vom 15. Februar gegen den Krieg**

Eric DECARRO (Präsident des Verbands des Personals Öffentlicher Dienste VPOD)

Wir demonstrieren heute gegen den Krieg im Irak, denn dieser Krieg wäre für die Zivilbevölkerung verheerend und würde die gesamte Region destabilisieren. Wir demonstrieren gegen jeglichen Krieg, ob dieser nun von der Regierung der Vereinigten Staaten erklärt oder durch die UNO gutgeheissen wird.

Dieser Krieg hat nichts mit Demokratie und Freiheit zu tun. Es ist ein Krieg um Öl und weltweite Vorherrschaft.

Es ist uns unerträglich, dass die stärkste Macht der Welt eine der ärmsten Bevölkerungen bombardieren will, nachdem diese Menschen bereits unter dem ersten Golfkrieg und dem Embargo zu leiden hatten, dem in zehn Jahren eine halbe Million Kinder zum Opfer gefallen sind.

Die Kriegstreiberei der Regierung Bush stellt eine Gefahr für die Menschheit und die Demokratie dar. Ihre Strategie des „präventiven Krieges“ mündet in einen endlosen Krieg in der ganzen Welt, denn wer wird nach Irak die nächste Zielscheibe der Vereinigten Staaten sein?

Wir kritisieren auch die Hintergründe dieses Krieges, nämlich die neoliberale Globalisierung und den Kapitalismus. Die herrschenden Wirtschaftsverhältnisse gründen auf Wettbewerb und Profit. Überall – auch in zwischenstaatlichen Beziehungen – herrscht das Recht des Stärkeren. Diese Verhältnisse tragen permanente Tendenzen zu Dominanz, Gewalt und Krieg in sich.

Wir verurteilen den wirtschaftlichen und sozialen Krieg, den der IWF, die WTO und die Weltbank mit Unterstützung der Regierungen aller reichen Länder gegen die Bevölkerung der Länder des Südens führen. Die Politik dieser Institutionen blutet diese Länder durch den Wucher des Schuldendienstes aus. Diese Politik ruiniert die kleinen ProduzentInnen durch den Freihandel. Und sie ist Jahr für Jahr für den Tod von Millionen von Menschen verantwortlich, die an Hunger und Krankheiten sterben.

In diesem Klima des Krieges erhöhen alle Regierungen die Militärausgaben und schränken die demokratischen Rechte ein: Fichierung, Überwachung, Verschärfung von Einwanderungsgesetzen, willkürliche Verhaftungen, Einschränkung der gewerkschaftlichen Freiheiten und des Streikrechts, versuchte Kriminalisierung von Bewegungen, die sich gegen die aktuelle Weltordnung wenden.

In den USA wird das Militärbudget von 331 Milliarden Dollar für das Jahr 2002 auf 451 Milliarden für 2007 erhöht. Es ist wirklich erstaunlich zu sehen, wie leicht für den Krieg Gelder gesprochen werden, während bei Sozialausgaben, Gesundheit, Bildung, Wohnen, Drittwelthilfe gespart wird. Die amerikanischen Grosstädte haben kürzlich auf die massiv gestiegene Armut und die zahlreichen Anträge auf Nothilfe hingewiesen.

Daher ist unser Kampf gegen den Krieg auch ein Kampf für die demokratischen und sozialen Rechte und für eine andere Gesellschaft.

Dieser Krieg ist – wie jeder Krieg – eine Barbarei, die nur die destruktiven Tendenzen der Menschen wecken kann. Wir mobilisieren uns gegen diese Zerstörung und zur Stärkung der Kräfte, die sich gegen diese zerstörerische Weltordnung wehren.

Das US-Bundesgericht hat die Demonstration heute von einem grossen Bündnis gegen den Krieg in New York verboten. Begründung: Der Schutz der Demonstrierenden könne nicht garantiert werden. Hier dürfen wir noch demonstrieren, in New York nicht. Warum? Weil das dort eine direktere Brisanz hat. So wie die Demo gegen das WEF hier. In solchen Situationen werden wir mit neuen Techniken der Massenkontrolle konfrontiert, ob in Fideris oder in New York.

Der drohende Krieg gegen den Irak ist ein fürchterlicher Abschnitt aus dem globalen Krieg für die Neuordnung der Welt. Er soll den Ausweg aus der Krise des real existierenden Kapitalismus herbeibomben. Richard Perle u.a. Vordenker der kriminellen Administration in Washington reden bewusst vom totalen Krieg. Er ist nicht zu trennen vom Abbau der sozialen und Grundrechte.

Dazu wollen wir aus unserer Erfahrung etwas sagen. Wir wollten in Davos demonstrieren. Gegen das WEF und sein Programm für die globalen Eliten. Für dieses Jahr war der Widerstand gegen das WEF über die traditionell tragenden Kräfte gewachsen, auch in die Gewerkschaften hinein. Das drückte sich vor und an der Demo aus.

Wir wurden mit einem alles Bisherige übertreffenden Sicherheitsaufmarsch konfrontiert. Hochaufgerüstete Sicherheitszone in Davos, Sonderbahnhof in Fideris, Kessel in Landquart. Als integrierter Teil davon: ein organisierter politischer Flankenschutz. Dazu ist viel gelogen worden. Das WEF und die Behörden „begrüssten“ angeblich eine Demonstration. Warum dann wollte die Polizei die Anmiete von Bussen für die GBI zu verhindern? Das Vehgatter von Fideris wurde als Schleusenplausch von ein paar Politprominenten präsentiert. Die Wahrheit ist: Alle DemonstrantInnen sollten überprüft und „Verdächtige“ aufgrund geheimer Staatsschutzlisten herausgefiltert werden. Videokameras u.a. waren vorgesehen, Hafträume in einer leeren Fabrik vorbereitet. Das Ende der Demonstrationsfreiheit. Das war von den Sicherheitsstäben in Bern gesteuert. Und ändern: Die Financial Times berichtete, dass die Demo auf Druck der USA kontrolliert werde. Dagegen haben wir passiven Widerstand geleistet.

Wie in New York, tönte es bei uns: „demokratischer“ Polizeistaat zu unserem Schutz und die „Extremisten“ verhindern die Demo! Das verkündete die SP-Geschäftsleitung in ihrem Frontalangriff auf uns. Die Medien redeten eine Spaltung herbei, die es in der Bewegung aber nicht gab. Bei allen Unterschieden, wir wissen, wer für die Verhinderung der Demo verantwortlich ist. Wir haben Fehler gemacht, aber zusammen haben wir, 6000 Leute und alle beteiligten Gruppen, nein gesagt zum WEF und seinem Sicherheitsapparat. Die Bewegung ist gereift. Ein nächstes Mal werden wir verhindern, dass unsere Inhalte gegen Zerstörung und Krieg in der Sonderzone von Fideris blockiert werden. Widerstand gegen den totalen Krieg oder das G8-Treffen nächsten Juni in Evian wird mit steigender Repression beantwortet. Aber wir glauben, einen gesellschaftlichen Raum für die Antwort darauf etwas mitgeöffnet zu haben.

## **Das Erdöl, die Todesstrafe und Bushs Krieg**

George W. Bush ist Texaner. Die zwei Wahrzeichen des offiziellen Texas sind das Erdöl und die Todesstrafe. Die Kontrolle über das Erdöl und damit über die Welt sowie die Kultur der Rache und der Vergeltung sind die beiden wichtigsten Triebkräfte von Bushs Krieg gegen den Irak.

Keine Wirtschaft, keine Gesellschaft, keine Lebensweise ist derart ölabhängig wie die usamerikanische. Die USA verbrauchen jährlich einen Viertel der weltweiten Ölproduktion, verfügen aber nur noch über 3 Prozent der globalen Ölvorkommen. Die USA, die 4 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, stossen jährlich ein Viertel der Treibhausgase aus. Mit voller Energie sorgen die Vereinigten Ölfirmen des Weissen Hauses dafür, dass die USA die planetarische Dreckschleuder Number One bleiben. Die grösste Gefahr, die der Menschheit droht, ist die Klimakatastrophe.

Ähnlich wie sich das Erdöl von selbst nicht entzündet, führt der Rohstoff alleine nicht zum Krieg. Das Feuerzug, das diesen entfacht, ist der religiös-patriotische Fundamentalismus, Bushs ideologische und elektorale Kern-Basis. Der Aufschwung der christlichen Rechten in den letzten 20 Jahren führte zur Wieder-Ausbreitung der Todesstrafe, hauptsächlich im südstaatlichen Bible Belt und in Texas. Die Todesstrafe ist Ausdruck einer archaischen Vergeltungssucht und einer manichäischen Zweiteilung der Welt in Gut und Böse.

Auch Bushs Welt ist zweigeteilt in Göttlich und Satanisch, in Freund und Feind, in Schurken und Helden. Auch Bush hat den fundamentalistischen Hang zu Allmächtsphantasien und zur Gewalttätigkeit. Sein Krieg ist die aussenpolitische Fortsetzung der texanischen Todesstrafe mit militärischen Mitteln.

So bedeutend die Zweiteilung in Freund und Feind ist, so beliebig ist deren Auswahl. Der irakische Tyrann Saddam Hussein genoss in den 1980er Jahren die Unterstützung von Ronald Reagan in seinem Angriffskrieg gegen den Iran – auch nach den Massakern an den Kurdinnen und Kurden. Und Wladimir Putins Krieg gegen Tschetschenien stösst im Zeichen des sogenannten Antiterrorismus auf komplizenhaftes Verständnis.

Die weltweite Bewegung gegen Bushs Krieg ist auch ein umweltpolitischer Kampf für einen weltweiten Ölwechsel - von einer zerstörerischen zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Und sie ist ein sicherheitspolitischer Kampf für einen globalen Paradigmawechsel – von der repressiven Kontrolle und der militärischen Konfrontation zur sozialen Entwicklung und zur zivilen Konfliktbearbeitung. Den Kern dieser Bewegung bilden jene US-Amerikanerinnen und Amerikaner, die sich mit uns gegen das archaische Zwillingsspaar Todesstrafe und Krieg engagieren.

Josef Lang, GSoA, Kantonsrat SGA Zug



# Kampf dem imperialistischen Krieg

## **Arbeiter und Werktätige aller Nationalitäten,**

Die USA, der größte Feind der Arbeiterklasse und Völker der Welt, führen mit ihren Komplizen und den anderen imperialistischen Kräften, ihre schmutzigen Verhandlungen über die Neuaufeilung der Energiequellen fort. Die Protestaktionen von Kriegsgegnern auf der Straße gegen Kriegsdrohung und Aggression, die die Imperialisten in ihrem eigenen Bau stören, vereinigen sich mit der Wut gegen den Imperialismus.

In dem Verteilungskrieg im Mittleren Osten, der gegen die Völker des Mittleren Ostens geführt wird, hat die imperialistische Aggression zum Ziel, der ganzen Bewegung der Arbeiterklasse, der antiimperialistischen Bewegung und nationalen Befreiungskämpfen permanent zu drohen und sie mit Gewalt zum Aufgeben zu zwingen. Der "Ölkrieg" ist gleichzeitig Ausdruck der imperialistischen Konkurrenz zwischen Dollar und Euro.

Die 1991 während des von den USA geführten Golfkrieges im Fernsehen so schön anzusehenden funkensprühenden Bilder von explodierenden Bomben, bedeuteten im Irak die Ermordung Hunderttausender Kinder, Frauen; Jugendliche und unschuldiger Menschen. Damals wie heute verbirgt sich hinter dem Kriegsgerede ein See von Blut. Die schönen Reden des Imperialismus, dem größten Feind von Demokratie, Menschenrechten und Frieden, haben nicht ausgereicht Millionen von Menschen überall auf der Welt über den imperialistischen Terror hinwegzutäuschen.

Das Giftgas, mit dem die Diktatur Saddams in Halepce 5000 Kurden ermordet hat, sowie die chemischen und nuklearen Waffen stammen vom US-Imperialismus. Die Zehntausenden von Soldaten, die am Golf stationiert sind, all die Panzer, Bomben, Grenzbelagerungen und die tägliche Bombardierung irakischen Territoriums sollen angeblich zur Sicherung des Friedens dienen, aber das erscheint niemandem glaubhaft. Es werden schmutzige Verhandlungen über die Zukunft des irakischen und kurdischen Volkes geführt. Die Berichte die von UNO, NATO und anderen imperialistischen Institutionen veröffentlicht werden, sind nicht im Interesse der Völker, sondern von Dollar und Euro verfasst. Die Existenz des Kriegsbudgets bedeutet die Verletzung demokratischer Rechte und Freiheiten, Einschränkung von Erziehung, Gesundheit und sozialer Rechte in allen Ländern und führt zu Armut und Arbeitslosigkeit.

## **Arbeiter und Werktätige aller Nationalitäten,**

Dieser Krieg ist ein ungerechter Krieg für imperialistische Ziele. Dieser Krieg ist dem Klasseninteresse der Arbeiterklasse und Werktätigen entgegengesetzt.

Dieser Krieg ist ein Krieg, um die Herrschaft der Imperialisten, insbesondere der US-Imperialisten, über den Mittleren Osten zu festigen.

Dieser imperialistische Krieg und diese Pläne können nur durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und Werktätigen aller Nationalitäten, verhindert werden. Eine durch den Zusammenschluss von einzelnen Plattformen entstehende Front, kann diese imperialistische Blockade durchbrechen.

## **Arbeitsimmigranten, Werktätige und politische Flüchtlinge,**

Die militärisch, ökonomisch und finanziell von den USA abhängige türkische faschistische Diktatur führt unsere Völker in einen Verteilungskrieg. Kurdische Städte wie Diyarbakir, Malatya, Batman und Siirt sind von US-Militär und CIA-Agenten besetzt. Dem kurdischen Volk droht erneut Vertreibung und Massaker. Das an der Schwelle der EU stehende türkische Volk wird unter Versprechungen von den USA im Interesse der türkischen Bourgeoisie willenlos in den Krieg geführt.

Solche imperialistischen Kriege sind Grund für Vertreibung und Exil. Aber gleichzeitig wird der imperialistische Krieg euch aufgrund eurer Immigration und eures Exils am meisten treffen. Der Imperialismus als wahrer Verursacher von Arbeitslosigkeit, Terror, Armut, Kriegsbudgets und Räuber von sozialen Rechten stellt euch, die Immigranten, als die Ursache dar. Er wird euch als Vorwand nehmen, um den Rassismus und die faschistische Bewegung zu schüren. Ihr müsst diejenigen sein, die am meisten auf den Barrikaden gegen den imperialistischen Krieg auf der Straße sind.

Unsere Partei, die MLKP, ruft die Arbeiter, Werktätigen und Immigranten aller Nationalitäten dazu auf, alle imperialistischen Kräfte, insbesondere die USA, im Mittleren Osten ein neues Vietnam erleben zu lassen. Unsere Partei, die MLKP, ruft die Arbeiterklasse und Werktätigen dazu auf, ihre Barrikaden gegen den imperialistischen Krieg zu errichten und zu kämpfen.

**Nieder mit dem Imperialistischen Krieg!**

**Es lebe der proletarische Internationalismus!**

# MLKP

Marxistische Leninistische Kommunistische Partei der Türkei/Nordkurdistan  
Auslandskomitee